Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 7.50.

Die Morgen-Ausgabe erscheint um ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags um 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 3 (Paulinum),
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und Amtsgerichtes Leipzig, des Rathes und Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig

№ 363. Sonntag den 19. Juli 1896. 90. Jahrgang.

Aus der Woche.

Z. Der Entschluß der Regierung, Deutschland für die Theilnahme an der Pariser Weltausstellung zu engagiren, hat von berufenster Seite seine Beurtheilung erfahren, und damit könnte die Erörterung dieser Entscheidung, an der ja nichts mehr zu ändern ist, abgebrochen werden, wenn nicht in demselben Augenblick, wo die „Hamburger Nachrichten" die Betheiligung politisch unzweckmäßig nannte, der officiöse „Hamb. Corr." sie als politisch unerläßlich bezeichnet hätte. „Die Ablehnung der Einladung", so schreibt das letztgenannte Blatt, „würde in Paris als eine absichtliche Zurücksetzung aufgefaßt worden sein." Man muß unbedingt zugeben, daß die deutsche Regierung unklug handeln würde, wenn sie Frankreich eine Zurücksetzung angedeihen ließe. Aber nur wenn man sich auf der vergeblichen Suche nach Rechtfertigungsgründen für die Entscheidung der Regierung befindet, kann man auf die Behauptung verfallen, Frankreich hätte die Nichtbetheiligung Deutschlands gerechter- und vernünftigerweise als Zurücksetzung empfinden können. Als was sieht denn Frankreich diese „Säcularausstellung" an? Seiner Presse zufolge als eine moralisch und industriell durchaus werthlose Veranstaltung, bestimmt, einen winzigen Bruchtheil von Franzosen zu bereichern. Niemals ist über ein Unternehmen geringschätziger geurtheilt worden, als über diese Pariser Weltausstellung in Pariser Zeitungen und französischen Provinzialblättern, und zwar nicht aus tactischen, sondern aus sachlichen Gründen. Es ist theils als leere, theils als speculative Phrase bezeichnet worden, wenn man sage, Frankreich erwerbe sich Ehre, indem es die Völker zu Gaste lade! Das Fernbleiben einer vom Gastgeber also gekennzeichneten Festivität kann ihn unmöglich kränken, und die deutsche Regierung hätte sich unter dem Hinweis auf diese Selbsteinschätzung um so leichter von der Theilnahme ausschließen können, als sie selbst wiederholt durch Wort und That die Auffassung bekundet hat, daß Weltausstellungen eine ernstere Bedeutung nicht zukommt. Anregungen, in Deutschland eine solche zu veranstalten, sind immer kurzer Hand zurückgewiesen worden.

Die deutsche Demokratie hat sich immer als eine ehrliche Beurtherin Frankreichs erwiesen. Wenn, was freilich selten genug vorgekommen ist, eine ausschlaggebende französische Parlamentspartei einmal Miene machte, einer Heeresvorlage Schwierigkeiten zu machen, war die „Frankfurter Ztg." immer sofort bei der Hand, um ihr nachzuweisen, daß sie unklug und unrecht handle. Und jetzt räth sie den Franzosen, sich ihres schlechten Parlaments so oder so baldmöglichst zu entledigen. Ein Berliner Blatt hat deswegen die Erwartung ausgesprochen, der getreue Eckart am Main werde demnächst auch ein kräftiges Wörtlein über und gegen den Parlamentarismus, wie er sich zum Schaden des Reiches in Deutschland ausgewachsen hat, hören lassen. Diese Hoffnung beruht auf Unkenntniß des Wesens und der Vergangenheit des demokratischen Organs. Die „Frankfurter Zeitung" hat oft in demselben Athem, in dem sie den Franzosen die Nothwendigkeit, für ihre Kriegsmacht Opfer zu bringen, darlegte, jede Mehrausgabe für das deutsche Heer als Raub am Volke, als Opferdienst am Altare des „Götzen Militarismus" gebrandmarkt. Warum? Darum.

Die Socialdemokraten sollen beabsichtigen, in dem durch den Tod des Reichstagsabgeordneten Wiefeke erledigten Wahlkreise Westhavelland-Brandenburg den bekannten Dr. Arons als Candidaten aufzustellen. Das wäre, von einer Seite betrachtet, ein überaus geschickter Schachzug. Wenn die „Volkspartei", die im Wahlkreise nicht zu siegen vermag, aber 3 bis 4000 Wähler aufzustellen hat, Herrn Arons, den Schwiegersohn eines Bleichröder, zum Gegner hat, so sind ihre Kräfte halb gelähmt. Schon jetzt, obgleich die Bewerbung dieses Socialdemokraten noch gar nicht angekündigt ist, sondern bestritten wird, ist ein Berliner Blatt, das selig wäre, wenn noch ein Freisinniger in den Reichstag käme, durch eine Anzapfung des Dr. Arons in einem conservativen Blatte in den Ton des Vertheidigers des möglichen Gegencandidaten verfallen. Den freisinnigen Agitatoren in Westhavelland würde es ergehen wie Bileam. Ist das sicher, so fragt es sich doch noch, ob die socialdemokratische Parteileitung sich nicht des Vortheils einer Candidatur begeben wird, die für die freisinnigen Gegner ein Gegenstand theils natürlichen, theils nothgedrungenen Respects ist. Denn es ist die Befürchtung nicht abzuweisen, daß die Bewerbung des millionenreichen Socialdemokraten die Energie der nichtfreisinnigen Gegner verstärkt.

Herr Dr. Ludwig Bamberger schreibt in der „Nation":

„Dem großen, idealen, abstracten, unsterblichen Ganzen gegenüber darf die sterbliche Existenz des Einzelnen vernichtet werden. Aber den Vortheilen anderer Nebenmenschen gemäß nicht von Gesetzes wegen. Wenn also keine Mehrheit beschließen kann, es sollen so und so viele Menschen jährlich todtgeschossen werden, damit die Getreidepreise steigen (der Zusammenhang wäre logisch nicht schwerer zu finden als beim Verbot des Terminhandels), so muß eine Grenze zu finden sein für das Recht des Eingriffes in die Sphäre der Einen zu Gunsten der Andern."

Der „logische Zusammenhang" wäre höchstens zu finden, wenn man die „Todtzuschießenden" im Kreise der Getreidespeculanten suchte.

Deutsches Reich.

△ **Berlin,** 18. Juli. Der Bund der Landwirthe und die seiner Führung sich überlassenden Conservativen haben seit langer Zeit nicht mehr den Ehrgeiz gezeigt, für regierungsfreundlich zu gelten. Jetzt aber, da es gilt, eine sie schonende Erklärung für die Niederlage in Löwenberg-Greiffenberg zu finden, wollen sie als Märtyrer ihres Gouvernementalismus auf der Wahlstatt geblieben sein. „Der Bauer", so ist in der conservativ-agrarischen Presse zu lesen, „hat kein Vertrauen mehr zur Regierung", und deshalb stimmt er gegen die Regierung und damit gegen den conservativen Candidaten, oder er bleibt zu Hause." Wir wären begierig, zu erfahren, wie der Bauer im Jahre 1896 zu der Meinung gelangt sein kann, die Regierung zu treffen, indem er einen Schlag gegen die conservativ-agrarische Partei führt. Seit vier Jahren unterhält keine andere Partei einen auch nur annähernd so heftigen Kampf gegen die Reichs- und die preußische Regierung wie die in Löwenberg unterlegene. Und zwar dies auf so „volksthümliche" Art, mit so deutlich erkennbaren persönlichen Spitzen, daß der Bauer, der die Männer der Regierung niederstrecken will, seine Aufstellung nirgend anders als bei der vorzugsweise durch Herrn v. Ploetz publicistisch und rednerisch repräsentirten Partei suchen wird. Nicht die socialdemokratische und die Volkspartei, die conservative Partei in Preußen ist es, die den Landwirthen Tag für Tag versichert, sie müßten zu Grunde gehen, weil die Regierung die von den conservativen Agrariern angerathenen Heilmittel, obwohl sie es könne, nicht anwenden wolle. Wenn man die Minister mit für den Bauer so verständlichen Redensarten regalirt, wie sie in der bekannten Versammlung im Circus Busch gefallen sind, in der „kleinen" Agitation aber zum täglichen Brod gehören, und dennoch glaubt, auf dem Lande im üblen Geruche der Regierungsfreundlichkeit zu stehen, so unterschätzt man das Fassungsvermögen der Bauern.

* **Berlin,** 18. Juli. An der Thatsache, daß in der Erzdiöcese Posen ein Knabenconvict eröffnet werden soll, kann anscheinend nicht mehr gezweifelt werden. Die „Nordd. Allg. Ztg." beruft sich, wie bereits gemeldet worden, zur Rechtfertigung dieses neuen Zugeständnisses an das Polenthum auf das Gesetz vom 21. Mai 1886, das in Art. 3 bestimmt: Die kirchlichen Oberen sind befugt, Convicte für Zöglinge, welche Gymnasien, Universitäten und kirchliche Seminare, hinsichtlich deren die gesetzlichen Voraussetzungen für den Ersatz des Universitätsstudiums erfüllt sind, besuchen, zu errichten und zu unterhalten. Nun heißt es aber, wie die „Magdeb. Ztg." hervorhebt, am Schlusse des Artikels 2, daß die Wiedereröffnung der Seminare für die Erzdiöcese Posen-Gnesen und die Diöcese Kulm durch königl. Verordnung bestimmt werden solle. „Und unseres Wissens", fährt das genannte Blatt fort, „ging damals die Ansicht im Abgeordnetenhause allgemein dahin, daß auch bezüglich der Convicte Art. 3 nicht ohne Weiteres auf diese beiden Diöcesen Anwendung finden solle. So erklärten sich ja auch die lebhaften Anstrengungen, die von polnischer Seite, insbesondere von den damaligen Abgeordneten von Stablewski und von Jazdzewski gemacht wurden, um diese vom Herrenhause dem Gesetze angefügte Einschränkungsclausel wieder zu beseitigen. Aber selbst wenn diese Auffassung nicht zutreffend sein sollte, so darf doch nicht der Absatz 2 des Artikels 3 übersehen werden, in dem es heißt, dem Cultusminister sind die für die Convicte geltenden Statuten und die auf die Hausordnung bezüglichen Vorschriften einzureichen, sowie die Namen der Leiter und Erzieher, welche Deutsche sein müssen, mitzutheilen, und die Frage ist nicht ohne Interesse, ob in dieser Beziehung die Vorschriften des Gesetzes bereits erfüllt und welche Garantien für die Zukunft geschaffen sind. Die Geschichte der früheren Jahre lehrt, daß dieser Punct nicht unwichtig ist. Im Jahre 1835 wurde in Posen ein Klerikalseminar begründet. Die Lehrer waren im ersten Jahrzehnt sämmtlich deutscher Abkunft. Aber kaum war Erzbischof v. Dunin gestorben und Przyluski sein Nachfolger geworden, so wendete sich das Blatt. 1842 trat der Probst des Seminars für einen Unterricht auf national-polnischer Grundlage ein, und wenige Jahre später war nur noch ein deutscher Lehrer an der Anstalt. Im Anstellungspatent wurde der Hinweis auf das Unterthanenverhältniß fortgelassen, und 1846 setzte der Licentiat Janiszewski es durch, daß die Correspondenz mit den geistlichen Behörden nicht mehr in deutscher, sondern in polnischer Sprache geführt wurde. Auch hier gilt das: Discite moniti!"

Y. **Berlin,** 18. Juli. Die **Kaiserin** empfängt heute in Wilhelmshöhe den Besuch des Großherzogs von Weimar, welcher dort bis morgen zu verbleiben gedenkt. Am Mittwoch und Donnerstag hat Professor Oncken aus Gießen der Kaiserin und den drei ältesten Prinzen Vorträge über Kaiser Wilhelm I. gehalten.

C. H. **Berlin,** 18. Juli. (Privattelegramm.) Der **Kaiser** hat dem Verein Berliner Künstler die wärmsten Glückwünsche zu dem mit Einstimmigkeit beschlossenen Ankauf eines eigenen Künstlerheims ausgesprochen. (Wiederholt.)

⊙ **Berlin,** 18. Juli. (Telegramm.) Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht die **Ergebnisse des Reichshaushalts im Etatsjahre 1895/96.** Nach dem Endabschlusse sind an ordentlichen Einnahmen, soweit sie dem Reiche zu Gute kommen, im Vergleich mit dem Etat 1894/95 26 227 487 ℳ mehr eingekommen, von denen 1 357 796 ℳ zur Deckung des Mehrbedarfs an Ausgaben, 13 Millionen in Gemäßheit des Gesetzes vom 16. April 1896 zur Verminderung der Reichsschuld verwendet worden sind, so daß dem Reiche als Ueberschuß 11 869 691 ℳ verbleiben.

⊙ **Berlin,** 18. Juli. (Telegramm.) Die Botschaft der Republik Chile hat die Nachricht erhalten, daß die Königin von England das **Schiedsrichteramt** in dem Grenzstreite zwischen Argentinien und Chile übernommen habe.

≈ **Berlin,** 18. Juli. (Telegramm.) Gegenüber dem Vorwurf der „Frankfurter Zeitung", der **Entwurf des Handelsgesetzbuchs** sei von der Regierung verspätet vorgelegt worden, bemerkt die „Nordd. Allg. Ztg.", der Theil des Entwurfs, der auf dem Obligationenrecht des Bürgerlichen Gesetzbuchs beruht, habe selbstverständlich nicht festgestellt werden können, bevor sicher zu übersehen war, welche Gestalt das Obligationenrecht annehmen werde. Der Entwurf sei den Handelskreisen seit der Mitte des Juni zugänglich gemacht, der Handelsstand dürfte daher wohl seine Einwände bis Ende September kundgeben können.

B. **Berlin,** 18. Juli. (Privattelegramm.) Die Erklärung des Herrn von Nathusius-Hundisburg, daß nach seiner Ansicht die **deutschen Landwirthe** mit dem verflossenen Jahre zufrieden sein können, hat in der agrarischen Presse Entrüstung erregt, insbesondere wegen des Hinweises, daß seine Wirthschaft in diesem Jahre die Tonne Getreide durchschnittlich um 21 ℳ höher verwerthet habe, als das Jahr zuvor. Dieser Entrüstung gegenüber stellt die „Nat.-Ztg." Folgendes fest: Es ist eine unbestreitbare Thatsache, welche nur durch das unablässige Klagen über ruinöse Getreidepreise fast verdunkelt worden ist, daß im ganzen Erntejahre 1895/96 die Getreidepreise höher standen, als im Erntejahre 1894/95. Alle Markt- und Jahresberichte erweisen es, die amtliche Statistik bestätigt es. Der letzteren ist z. B. die folgende Tabelle entnommen, welche den Weizenpreis in Berlin pro Tonne in Mark angiebt:

	1894/95	1895/96
Juli	138,46	143,93
August	135,11	139,98
September	131,84	134,92
October	124,59	138,78
November	129,04	142,66
December	133,67	144,73
Januar	136,35	150,64
Februar	134,71	156,32
März	139,69	156,04
April	143,25	157,29
Mai	154,73	156,67

Aus diesen Zahlen ergiebt sich, daß während des laufenden Erntejahres 1895/96 der Weizenpreis in Berlin durchweg und in jedem einzelnen Monate höher gewesen ist, als im vorausgegangenen Erntejahre. Den gleichen Verlauf hat die Preisbewegung in den anderen Landestheilen, speciell z. B. in der Provinz Sachsen (Magdeburg), in Schlesien (Breslau), in Ostpreußen (Königsberg) und in Süddeutschland (München) genommen. Jeder deutsche Landwirth muß in der Lage gewesen sein, seinen Weizen im letzten Erntejahre besser zu verwerthen, als zu der entsprechenden Zeit im vorhergegangenen Erntejahre. Bei Roggen ist die Preisbewegung im Landwirth nicht so günstig gewesen; in den ersten Monaten des Erntejahres, Juli und August, stand 1895 gegen 1894 um einige Mark zurück, aber in der für den Landwirth wichtigsten Verkaufszeit, September bis März, hat auch Roggen beständig einen um 2—8 ℳ besseren Preis erzielt als im Vorjahre.

B. **Berlin,** 18. Juli. (Privattelegramm.) Im Savoy-Hotel tagte heute eine Versammlung von **Zeitungsverlegern,** auf der etwa 300 Zeitungen mit einem Leserkreise von über 2½ Millionen vertreten waren. Als Vertreter des 130 Zeitungen umfassenden Vereins der Fachpresse hatte sich Herr Dr. Hasse, und als Vertreter des Vereins der Papierfabrikanten Herr Geh. Commissionsrath Niethammer eingefunden. Nachdem Herr Baltz (Berliner Neueste Nachrichten) zum Vorsitzenden gewählt worden, präcisirte der Vertrauensmann, der Verleger Herr Hermann Hilger-Berlin, die Stellung derselben zu dem geplanten neuen Postzeitungstarif und empfahl ein möglichst einmüthiges Vorgehen aller Interessenten. Die lebhafte Debatte, die sich an diese einleitende Rede anknüpfte, schloß mit der einstimmigen Annahme folgender Resolution: „Die heute in Berlin versammelten Zeitungsbesitzer aus allen Theilen Deutschlands beschließen die Einsetzung einer Commission, welche mit aller Macht gegen die Erhöhung des Tarifs vorgehen soll und einer später zu berufenden Versammlung Bericht zu erstatten hat. Sie soll den deutschen Zeitungen Material für die Agitation gegen die beabsichtigte Erhöhung des Postzeitungstarifs liefern und insonderheit auch in Eingaben an alle maßgebenden Factoren und Behörden die Unmöglichkeit der beabsichtigten Erhöhung in politischer, wirthschaftlicher und socialer Beziehung klar legen. Die Versammlung erklärt ausdrücklich, daß sie bereit, mit allen deutschen Zeitungen in Berathung über diese Angelegenheit zu treten, da sie der Ansicht ist, daß bei einmüthigem Vorgehen darauf gerechnet werden kann, den Wünschen aller Zeitungen gerecht zu werden." — In die Commission wurden gewählt die Herren Baltz-Berlin, Hilger-Berlin, Kaeller-Bielefeld, Werle-Breslau, Kutschbach-Halle, Madsack-Hannover, Siebelis-Hildburghausen, Spandel-Nürnberg, Boldt-Rostock.

□ **Berlin,** 18. Juli. (Privattelegramm.) Der **anarchistische** Lese- und Discutirclub „Vorwärts" in Ludwigshafen ist polizeilich geschlossen worden. — Die Anarchisten in Ludwigshafen und Mannheim haben den vor einigen Jahren von Berlin geflüchteten Buchdrucker Wilhelm Werner zum Delegirten für den Internationalen Arbeitercongreß in London ernannt. — Für die aus dem Zuchthause entlassene Anarchistin Agnes Reinhold sind nachträglich noch 150 Mark bei der Berliner Sammelstelle eingegangen. (Wiederholt.)

— Die negative Erklärung des Herrn v. Ploetz über seine Bezüge aus der Casse des Bundes der Landwirthe haben, wie zu erwarten war, außer der „Deutschen Tagesztg." kein einziges Blatt, nicht einmal ein conservatives, befriedigt. Selbst seine sonstigen Vertheidiger meinen, er hätte lieber schweigen, als eine so nichtssagende und deshalb so deutungsfähige Erklärung abgeben sollen. Die „Köln. Volksztg." hält ihm Folgendes vor:

„Die Landwirthe, die er vertreten will, sollen sich alle in sehr schwieriger Lage befinden. Da darf man doch wohl fragen, wie es denn zu verantworten ist, daß Herr v. Ploetz auf ihre Kosten eine jährliche Einnahme hat, die wegen ihrer Höhe, mag diese auch nicht ganz klar sein, in Deutschland jedenfalls zu den Ausnahmen gehört. Herr von Ploetz ist überdies nicht der einzige — direct oder indirect — besoldete Bundesbeamte; ein ganzes Heer von Agitatoren reist im Lande umher, schriftstellert, führt die Bundesgeschäfte 2c. und läßt sich von den Bundesmitgliedern bezahlen. Selbstverständlich ist Niemand verpflichtet, für irgend Jemand und irgend etwas umsonst zu arbeiten. Aber dann soll man auch vor Denen, die es bezahlen müssen, nicht seine Selbstlosigkeit rühmen. Vor Allem aber wirft sich die Frage auf: entspricht denn der Nutzen, den die Landwirthe von der Thätigkeit der Leiter und Agitatoren des Bundes haben, den aufgewandten Kosten? Die positive Verbesserung ihrer Lage, die sie durch den Bund erreicht haben, ist doch minimal im Vergleich zu den Summen, die der Bund schon verschlungen hat für die „Agitation". Man wird vielleicht sagen, das gehe uns nichts an, sondern sei Sache der Bundesmitglieder. Aber der Bund wirbt unausgesetzt nach weiteren Anhängern unter den Landwirthen; er möchte am liebsten die Organisationen, die sich diese in den Bauern-Vereinen gegeben haben, ganz auffangen und sich allein als die legitimirte Vertretung der Landwirthschaft hinstellen. Da ist es doch eine billige Forderung, daß den Umworbenen klarer Wein eingeschenkt werde, was ihnen denn der Bund zu bieten habe, wo das an seine Casse zu zahlende Geld bleibe und was die Empfänger dafür zur Hebung der landwirthschaftlichen Nothlage leisten."

— Die „Deutsche Tagesztg." veröffentlicht „mit schwerem patriotischen Herzen" Zuschriften von Landwirthen über die Verwerfung des Margarinegesetzes durch den Bundesrath. Eine dieser Zuschriften lautet:

„Die Nachricht, daß der vom Reichstage angenommene Margarinegesetzentwurf seitens des Bundesraths nicht angenommen ist, ruft geradezu eine Empörung unter uns Landwirthen hervor, wovon Sie in Kenntniß zu setzen ich nicht verfehlen möchte. Wir sind überzeugt, daß Sie in Ihrer Zeitung der Stimmung, die thatsächlich herrscht und die anfängt, bedenklich zu werden, wiederum den richtigen Ausdruck geben werden. Wie sich die Zukunft unserer Landwirthschaft und damit die unseres Vaterlandes gestalten wird, ist nun wohl klar, da wir jetzt den Beweis haben, daß all die Versicherungen seitens der preußischen Regierung, im Besonderen seitens des Herrn Landwirthschaftsministers, uns wenigstens mit „kleinen Mitteln" helfen zu wollen, für uns nicht den geringsten Werth mehr haben können."

Die Landwirthe des Reichstagswahlkreises Löwenberg-Greiffenberg haben ihrer agrarischen „Empörung" und „bedenklichen Stimmung" durch den Stimmzettel einen eigenartigen Ausdruck gegeben.

— Nach einer seiner Zeit von mehreren Blättern gebrachten Notiz hat das Seeamt in Brake in seiner Verhandlung über den Seeunfall des Mitte Juni v. J. an der Insel Santa Clara in Südamerika gestrandeten Barkschiffes „Bertha" Befremden über das Verhalten des deutschen Consuls in Guayaquil ausgedrückt, welcher sich bei dieser Gelegenheit seiner Reichsangehörigen nicht genügend angenommen habe. Während nämlich der Capitain der „Bertha" nach Guayaquil gefahren sei und wegen seiner Mittellosigkeit erst später wieder habe zurückfahren können, habe die Mannschaft das Schiff verlassen müssen. Der Steuermann habe sich telegraphisch von Panama aus an den deutschen Consul gewandt, der aber überhaupt nicht geantwortet habe. Heute meldet nun die „Nordd. Allg. Ztg.":

„Die aus diesem Anlaß eingeleiteten Ermittelungen haben ergeben, daß dem kaiserl. Consul in Guayaquil aus dem Umstand, daß er das fragliche Telegramm unerwidert gelassen hat, kein Vorwurf gemacht werden kann. Derselbe hat das Telegramm an einem Sonntag Nachmittag nach 4 Uhr in seiner Privatwohnung erhalten, es aber an demselben Tage nicht mehr beantworten können, weil das Telegraphenbureau in Guayaquil an Sonn- und Festtagen nur bis 4 Uhr Nachmittags geöffnet ist. Die Beantwortung am folgenden Tage ist unterblieben, weil der kaiserl. Consul, als er sich Vormittags vor 8 Uhr nach seinem Bureau begab, um auf das Telegramm zu antworten, bereits den Steuermann, welcher inzwischen mit der Mannschaft in Guayaquil wohlbehalten eingetroffen war, schon vorfand. Der kaiserl. Consul wies hierauf den Schiffbrüchigen ein Unterkommen an und hat sich auch im Uebrigen derselben nach Kräften angenommen."

— Die drei Regimenter der Dragoner, Kürassiere und „Franzer", welche an einer Schlägerei an der Blücherstraße Theil genommen haben, sind, nach einer Meldung der „Allg. Ztg.", mit 6 Tagen Casernenarrest bedacht worden. Kein Mann und kein Unteroffizier darf während dieser 6 Tage nach 8 Uhr die Caserne verlassen.

— **Mangel an Arbeitskräften** herrscht gegenwärtig, einem Berichterstatter zufolge, in der Damenconfection. Es ist dies um so bemerkenswerther, als die eigentliche Saison erst später zu erwarten ist. Von den Schneidermeistern werden die größten Anstrengungen gemacht, sich „eingearbeitete Mamselle" zu sichern. Im Norden, Osten und Südwesten der Stadt, wo der größte Theil der Confectionswerkstätten sich befindet, sieht man zur Zeit große rothe Placate an den Hausthüren und an den Fenstern, durch welche Arbeiterinnen unter guten Bedingungen gesucht werden. Verschiedene Meister haben ein Prämiensystem für die Näherinnen eingerichtet; die Arbeiterin, welche eine bestimmte Quantität pro Woche liefert, erhält 2—3 ℳ in Baar extra. Eine größere Damenmäntelfabrik in der Brunnenstraße zahlte für jede durch Vermittelung einer anderen Person engagirte Arbeiterin 1 ℳ Entschädigung. Der Grund für diesen außergewöhnlich stark hervortretenden Mangel an weiblichem Arbeitspersonal liegt in der Entwickelung der elektrischen und der Gasglühlichtindustrie. Zu Hunderten sind die Arbeiterinnen von der Confection in diese Industriezweige übergegangen.

* **Aus Schleswig-Holstein,** 16. Juli. Aus Holstein liegen Nachrichten über das Auftauchen einer antisemitischen Bewegung vor, welche diese in besonders charakteristischem Licht erscheinen lassen. An der Spitze der Bewegung steht nämlich ein früherer Rechtsanwalt Graf Reventlow in Kiel, welcher trotz seiner Jugend bereits eine längere politische Evolution hinter sich hat. Derselbe ist ein Sohn des jetzt verstorbenen Landrathes von Husum, Grafen Ludwig Reventlow, der 1863 an der Spitze der nationalen Bewegung in den Elbherzogthümern stand und übrigens bereits 1859 in Eisenach zu den Mitstiftern des deutschen Nationalvereins gehört hat. Sein Sohn machte sich anfangs als gerichtlicher Vertheidiger der dänischen Publicisten in Nordschleswig bemerkbar und galt dann für einen Anhänger der Socialdemokratie, welche Tendenz er jetzt also mit der antisemitischen vertauscht hätte. Ob diese Wandlung die letzte sein wird, bleibt abzuwarten.

* **Kiel,** 18. Juli. (Telegramm.) Das hiesige Oberverwaltungsgericht hat die Wiederaufnahme des Verfahrens in dem bekannten Preßprocesse wegen des Wortes „for en Ordens skyld" (Um eines Ordens willen) in einem Artikel von „Flensburg Avis" beschlossen. Inzwischen haben die beiden Angeklagten ihre nach dem Urtheile der Flensburger Kammer auf einen Monat bemessene Gefängnißstrafe verbüßt. (Voss. Ztg.)

* **Schwerin,** 17. Juli. Ueber die Besteuerung der mecklenburgischen Prinzessinnen nach ihrer Vermählung hatte sich zwischen dem Finanzministerium und der Oberfinanzbehörde ein Streit entwickelt, dem jetzt durch einen von den Ständen angenommenen Verordnungsentwurf ein Ende gemacht worden ist. Danach sollen die Prinzessinnen der beiden großherzoglichen Häuser auch nach ihrer Vermählung für ihre Person von der Steuerzahlung befreit sein.

□ **Magdeburg,** 18. Juli. (Privattelegramm.) Der Delegirtentag des Bundes Deutscher Brauergesellen beschloß die Gründung einer Central-Unterstützungscasse für arbeitslose Bundes-Mitglieder, sowie einer Kranken-Zuschußcasse für die Brauergesellen Deutschlands, er

SLUB
Wir führen Wissen.